

Anfrage

der LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU), LAbg. Mag. Katharina Fuchs und LAbg. Fabienne Lackner



Herr Landesstatthalter Ing. Christof Bitschi
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 24.08.2026

Anfrage gem. § 54 der GO des Vorarlberger Landtages: City-Maut Bregenz – sachliche und faktenbasierte Prüfung oder politisch ideologische Absage?

Sehr geehrter Herr Landesrat,

nach der jüngsten Gemeindewahl haben SPÖ und ÖVP in der Landeshauptstadt Bregenz die Einführung einer City-Maut ins Gespräch gebracht. Dies wurde von uns NEOS in Bregenz grundsätzlich unterstützt, weil die Verkehrsbelastung in unseren Augen in der Landeshauptstadt dadurch eingeschränkt werden könnte. Das Land hielt sich zunächst bedeckt und verwies darauf, dass zunächst der Bund die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen schaffen müsse. Diese Grundlagen liegen nach Medienberichten nunmehr vor, und die Stadt Bregenz zeigt sich weiterhin verhandlungsbereit¹.

Dennoch hat die Landesregierung der City-Maut eine Absage erteilt. Sie argumentieren das relativ salopp, dass es „solange die Regierung so ausschaut“ keine entsprechenden Bestrebungen geben werde, und bezeichnete das Vorhaben aus Sicht des Landes als erledigt². Da es sich beim betroffenen Abschnitt um eine Landesstraße handelt, ist für eine Umsetzung die Unterstützung des Landes erforderlich. Die Haltung des Landes hat damit unmittelbare Auswirkungen auf die verkehrspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der demokratisch gewählten Stadtvertretung.

Eine Absage von dieser Tragweite sollte auf einer nachvollziehbaren fachlichen Grundlage beruhen und nicht allein auf koalitionspolitischen Erwägungen. Es ist zugegebenermaßen durchaus erschreckend, dass Sie als Landesstatthalter offenbar verkehrspolitische Entscheidungen rein ideologiegetrieben entscheiden und das dann in den Medien so platzieren. Aus unserer Sicht muss jetzt vor allem Transparenz über die Prüfgrundlagen, die verkehrlichen Auswirkungen und mögliche Alternativen geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgende

¹ <https://vorarlberg.orf.at/stories/3367839/>, zuletzt besucht am 21.8.2026.

² Ebd.

ANFRAGE

1. Auf welcher konkreten fachlichen Grundlage lehnt das Land die Einführung einer City-Maut in Bregenz ab?
2. Wurde die Ablehnung der City-Maut vor der öffentlichen Ankündigung durch den Landesstatthalter regierungsintern behandelt oder beschlossen?
 - a. Wenn ja: wann, in welchem Gremium, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein: Auf welcher Grundlage wurde die Absage dann öffentlich als Haltung des Landes kommuniziert?
3. Liegt der öffentlich kommunizierten Absage eine fachliche Stellungnahme der zuständigen Abteilung (Straßenbau/Verkehr), ein Aktenvermerk oder ein Regierungsbeschluss zugrunde? Falls ja, bitten wir um Übermittlung der entsprechenden Unterlagen.
4. Wurden die verkehrlichen Auswirkungen einer City-Maut für Bregenz – etwa auf den Durchzugsverkehr, auf Verlagerungseffekte und auf die Erreichbarkeit – jemals durch das Land oder in seinem Auftrag geprüft oder abgeschätzt?
 - a. Wenn ja: durch wen, zu welchem Zeitpunkt, mit welchem Ergebnis, und sind diese Unterlagen einsehbar?
 - b. Wenn nein: Wie begründet das Land eine Ablehnung ohne eine solche Prüfung?
5. Hat der Fachbereich Mobilitätsplanung Verkehrsdaten anhand des vorliegenden Verkehrsmodells analysiert und modelliert, um die verkehrlichen Wirkungen einer City-Maut für Bregenz einschätzen zu können?
 - a. Wenn ja: Was ist das Ergebnis dieser Analyse (bitte um Übermittlung des Berichts)?
 - b. Wenn nein: Warum wurde dieses Instrument nicht genutzt?
6. Wurde eine Kosten-Nutzen-Analyse für die Einführung einer City-Maut durchgeführt, die die Entscheidung des Landesstatthalters begründet?
 - a. Wenn ja: Mit welcher Methodik wurde die Kosten-Nutzen-Analyse erstellt und was ist das Ergebnis (bitte um Übermittlung des Berichts)?
 - b. Wenn nein: Warum wurde keine Kosten-Nutzen-Analyse als Entscheidungsbasis erstellt?
7. Wie stellt sich aus Sicht des Landes die aktuelle bundesgesetzliche Grundlage für die Einführung einer City-Maut dar, und welche rechtlichen Voraussetzungen wären für eine Umsetzung auf einer Landesstraße im Stadtgebiet Bregenz konkret zu erfüllen?
8. Welche Rolle und welche Zuständigkeiten hat das Land bei einer möglichen City-Maut auf dem betroffenen Landesstraßenabschnitt, und welche Entscheidungen lägen demgegenüber bei der Stadt Bregenz?
9. Ist die Stadt Bregenz in dieser Angelegenheit formell an das Land herangetreten (Gespräche, Anträge, Konzepte)?

- a. Wenn ja: wann, mit welchem Inhalt, und wie hat das Land jeweils darauf reagiert?
10. Ist das Land bereit, mit der Stadt Bregenz ergebnisoffene Gespräche über eine City-Maut oder vergleichbare Instrumente der Verkehrssteuerung zu führen? Wenn nein: aus welchen Gründen?
 11. Welche konkreten Alternativen zur Entlastung der Landeshauptstadt vom Durchzugsverkehr schlägt das Land vor, und mit welchem Zeithorizont und welchen Mitteln sollen diese umgesetzt werden?
 12. Wie erklärt das Land den Widerspruch zwischen der öffentlich verkündeten, endgültigen Absage und der von der Stadt Bregenz berichteten Fortführung der Gespräche — welche Darstellung entspricht der tatsächlichen Haltung des Landes?
 13. Nach welchen einheitlichen Kriterien entscheidet das Land generell über verkehrslenkende Maßnahmen auf innerstädtischen Landesstraßen, und wurden diese Kriterien im Fall Bregenz nachweislich angewandt?
 14. Können Sie als Landesstatthalter diese einheitlichen Kriterien nach Belieben aussetzen und dann offenbar rein politisch entscheiden?

Für die fristgerechte Beantwortung dieser Anfrage bedanken wir uns im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen

LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LAbg. Mag. Katharina Fuchs

LAvg. Fabienne Lackner